

Die „Jahrhundert-Herausforderung“ Corona

Ethische und wissenschaftsphilosophische Aspekte

Die Lockdowns während der Pandemie brachten weitreichende Einschränkungen individueller Freiheiten und wurden emotional diskutiert. Unter welchen Umständen sie gerechtfertigt sein könnten, inwieweit wir uns auf wissenschaftliche Expertise und idealisierte Modelle berufen können und wie die digitale Kontaktverfolgung gerechter und effektiver gestaltet werden könnte, untersuchen Forscher am Institut für Philosophie in zwei von der VolkswagenStiftung geförderten Projekten.



Foto: Daniel Roberts/pixabay

Die COVID-19 Krise stellt Gesundheitssysteme, Politik und Gesellschaft weltweit vor Aufgaben, die laut Angela Merkel eine „Jahrhundert-Herausforderung“ darstellen. Angesichts der Dringlichkeit der weltweiten Bedrohung der öffentlichen Gesundheit erforderte die Pandemie weitreichende politische Entscheidungen zu einem Zeitpunkt, an dem die wissenschaftliche Erkenntnislage über das Virus noch von tiefen Unsicherheiten geprägt war. Gesellschafts-politische Entscheidungsträger*innen mussten und müssen in einem Kontext agieren, in dem ein Großteil der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu SARS-CoV-2 noch ungeklärt war und sich erst allmählich herauskristallisiert hat. Wie hoch ist die Infekti-

onssterblichkeit durch das Virus und wie leicht wird es übertragen? Welche Faktoren sind für die großen Unterschiede in der Sterblichkeitsrate zwischen verschiedenen Ländern verantwortlich? Welche Maßnahmen sind effektiv, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen?

Angemessen auf die Corona Pandemie zu reagieren stellt nicht nur eine wissenschaftliche, sondern auch eine moralische Herausforderung dar und rückt darüber hinaus die Frage nach dem Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft in den Fokus. Somit ist die gegenwärtige Krise auch eine Herausforderung für die Philosophie. Zum Beispiel ist die Frage, wann ein Lockdown verhängt werden

sollte, im Kern eine moralische Frage danach, wann grundlegende Rechte wie die Bewegungsfreiheit im Angesicht eines möglichen Kollapses des Gesundheitssystems eingeschränkt werden dürfen. Auch die Frage, wie wissenschaftlicher Expertise eine beratende Rolle in Politik und Gesellschaft zugestanden werden kann, ohne dass jedoch die Politik der Wissenschaft blind folgt („follow the science!“) und politische Entscheidungen von Expertengremien ohne demokratische Legitimation diktiert werden, ist eine Frage, die seit geraumer Zeit in Wissenschaftsphilosophie und politischer Philosophie diskutiert wird. Diese Fragen erhalten in der gegenwärtigen Krise zusätzliche Dringlichkeit, da die Pande-

mie weitreichende gesellschaftspolitische Entscheidungen zu einem Zeitpunkt verlangt, an dem die wissenschaftliche Forschung über das Virus sich erst am Anfang befindet. Wissenschaftliche Prognosen waren und sind zum Teil immer noch mit großen Unsicherheiten behaftet und Wissenschaftler*innen machen zum Teil divergierende Empfehlungen.

Wann sind Lockdowns gerechtfertigt?

Nur wenige politische Philosophen würden bezweifeln, dass es Umstände gibt, die staatliche Einschränkungen von Grundrechten bis hin zu Ausgangssperren rechtfertigen, und dass zu solchen Umständen eine exponentielle Ausbreitung eines Virus gehört, die ohne restriktive Maßnahmen zur Überlastung von Gesundheitssystemen und Triage-Situationen führen würde. Trotzdem ziehen viele in Zweifel, ob in der Corona Pandemie erlassene Lockdowns gerechtfertigt waren. Ein Grund für diese verbreitete Skepsis ist, dass die wissenschaftliche Evidenz, auf Grund derer Lockdowns verhängt wurden, besonders während der ersten Welle der Pandemie im Frühjahr 2020 von großer Unsicherheit geprägt war. So argumentieren Kritiker, dass epidemiologische Modelle die Ausbreitung der Pandemie unter verschiedenen möglichen Maßnahmen nicht adäquat abbildeten. Häufig wird dabei auf eine Modell-Studie von Epidemiologen am Imperial College London (ICL) verwiesen, die angeblich auf nicht evidenzbasierten Parametern beruhte und zu allzu pessimistischen Vorhersagen führte, zum Beispiel zwei Millionen Coronatote in den USA und über eine halbe Million in Großbritannien. Freiheiten dürften nicht aufgrund von Evidenz

eingeschränkt werden, die von mangelhafter Qualität sei, so die Kritiker von restriktiven Maßnahmen.

Diese Kritik bringt zwei Themenkomplexe in den Fokus: Ein Themenkomplex betrifft die Rolle von epidemiologischen Modellen. Kritiker haben zweifelsohne Recht, dass modellbasierte Prognosen vor allem zu Beginn der Pandemie mit sehr großen Unsicherheiten behaftet waren und sich viele der Prognosen rückblickend entweder als zu pessimistisch oder als zu optimistisch erwiesen haben. Hier stellt sich jedoch die Frage, ob der Nutzen von epidemiologischen Modellen lediglich darin bestehen kann, möglichst präzise Vorhersagen zu machen. Auch wenn Modelle nicht als präzise Vorhersagen des Pandemieverlaufs gelesen werden könnten oder sollten, können ihre Resultate dennoch informativ sein, indem sie zum Beispiel mögliche Worst-Case-Szenarien präsentieren, ihre Resultate als qualitative Prognosen eines Entwicklungsverlaufs verstanden werden oder als Prognose von Wendepunkten im Infektionsgeschehen aufgefasst werden.

Präzise Vorhersagen mithilfe von Modellen werden zusätzlich dadurch erschwert, dass Modelle selbst den Verlauf der Pandemie beeinflussen können, zum Beispiel wenn ihre Prognosen in der politischen Entscheidungsfindung berücksichtigt werden, oder wenn Menschen als Reaktion auf Modell-Resultate ihr Verhalten ändern (zum Beispiel social distancing ausüben). Einerseits führen solche Looping- oder Feedbackeffekte zu Problemen bei der Beurteilung von Modellvorhersagen. Andererseits eröffnet diese Fähigkeit von Modellen, den Verlauf einer Epidemie nicht nur abzubilden, sondern auch zu beeinflussen, aber auch eine neue Möglichkeit, wie

Modelle erfolgreich sein können, nämlich dadurch, dass sie einen sehr schwerwiegenden Verlauf der Epidemie helfen können zu verhindern.

Ein zweiter Themenkomplex dreht sich um die Frage, ob in Notsituationen wie einer Pandemie, in der politische Entscheidungen besonders dringlich sind, um eine exponentielle Ausbreitung des Virus zu stoppen, epistemische Standards für die Rechtfertigung von Maßnahmen vorübergehend gesenkt werden sollten. So könnte man argumentieren, dass es geradezu verantwortungslos gewesen wäre, im Frühjahr 2020 abzuwarten, bis relevante Merkmale des Virus und seiner Verbreitung empirisch besser bestätigt worden seien, bevor die Politik weitreichende Maßnahmen beschlossen hätte. Selbst wenn sie großen Unsicherheiten unterliegt, sollte alle vorhandenen Evidenz genutzt werden, um Kosten und Nutzen verschiedener möglicher Maßnahmen abzuschätzen. Folgt man dieser Argumentation, dann scheinen Lockdowns zumindest in Ländern wie Deutschland gerechtfertigt gewesen zu sein, wo ihr Nutzen in der Verhinderung einer Überlastung des Gesundheitssystems höher waren, als die Kosten ihrer wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen. Diese Debatte hat Parallelen im Kontext der Klimakrise, zum Beispiel in der Frage, ob mögliche Tipping Points im Klimasystem in Entscheidungen über Klimapolitik berücksichtigt werden sollten, obwohl die wissenschaftliche Erkenntnislage zu den meisten Tipping Points noch von tiefen Unsicherheiten behaftet ist.

Wie sollte die digitale Kontaktverfolgung ethisch vertretbar ausgebaut werden?

Auch andere Maßnahmen, wie zum Beispiel die digitale

Kontaktverfolgung, werfen ethische Fragen auf, mit denen sich wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Philosophie beschäftigen. Apps wie die deutsche Corona-Warn-App haben zu eher enttäuschenden Ergebnissen geführt, was die Effektivität der Kontaktverfolgung angeht. Hätte die Effektivität deutlich

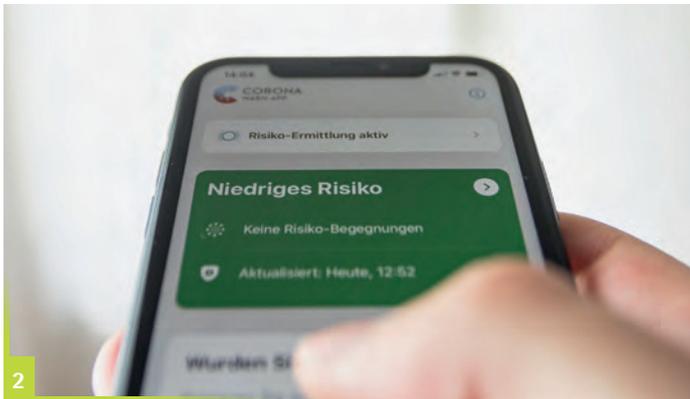


Abbildung 2
Die deutsche Corona-Warn-App war in Bezug auf die Kontaktverfolgung nicht sehr erfolgreich. Hätte die Effektivität deutlich erhöht werden können, ohne dabei andere Werte, zum Beispiel den Datenschutz, zu beeinträchtigen?
Foto: Bastian Riccardi/pixabay

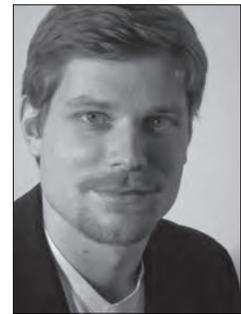
erhöht werden können, ohne dabei andere Werte, zum Beispiel den Datenschutz, zu beeinträchtigen und die Kontaktverfolgung zu einem Überwachungsapparat nach chinesischem Vorbild auszubauen? Eine Variante der App, in der pseudonymisierte Kennungen zentral gespeichert werden, wäre wohl in der Lage gewesen, die Schnelligkeit der Kontaktverfolgung, und damit ihre Effektivität, entscheidend zu erhöhen. Solche zentralen Möglichkeiten der Kontaktverfolgung wurden zu Beginn intensiv diskutiert und auch von der Bundesregierung erwogen, wurden aber letztlich wegen Bedenken bezüglich des Datenschutzes und der Entscheidung der Tech-Giganten Google und Apple, für ihre Betriebssysteme nur dezentrale Systeme zu unterstützen, verworfen.

Wie sollten in einer Krisensituation legitime Interessen des Datenschutzes gegen andere ethische Risiken abgewogen werden? Wenn es zum

Beispiel stimmt, dass dezentrale Systeme der digitalen Kontaktverfolgung in einer verminderten Effektivität und damit der schnelleren Ausbreitung des Virus resultieren, wären zentrale Möglichkeiten der Kontaktverfolgung gerechtfertigt oder sogar geboten gewesen? Ist es tatsächlich so, dass ein zentrales System, wenn es richtig designet und implementiert wird, deutlich größere datenschutzrechtliche Bedenken hervorruft als dezentrale Systeme, die oft fälschlicherweise so beschrieben werden, als ob sie „Datenschutz durch Design“ gewährleisten? Und wie ist die digitale Kontaktverfolgung zu vergleichen mit anderen Möglichkeiten der Pandemiebekämpfung, die vorgeschlagen und zum Teil umgesetzt wurden, wie zum Beispiel „selektive Lockdowns“, in denen nur Teile der Bevölkerung, die besonders vulnerabel sind, unter Lockdown gestellt werden und die geringere Risiken für den Datenschutz darstellen, dafür aber womöglich vulnerable Gruppen diskriminieren? Klar ist, dass der Datenschutz nicht isoliert betrachtet werden sollte, sondern immer gegenüber anderen Werten, wie der Effektivität einer Strategie zur Pandemiebekämpfung oder Gleichbehandlungsgeboten, abgewogen werden muss. Denn in einer Krisensituation wie der Corona-Pandemie gibt es keine Strategien, die völlig frei von ethischen Risiken sind.

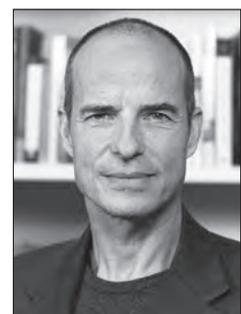
Das Coronavirus und Fragen der Pandemiebekämpfung werden uns noch über Jahre beschäftigen. Daneben bergen auch andere Erreger Risiken für große Epidemien, die durch Klimawandel und Ausbeutung von natürlichen Ressourcen wie der Regenwälder noch vergrößert werden und auf die wir als Gesellschaft besser vorbereitet sein sollten. Wir hoffen, in unseren Projekten zu zeigen, dass ethische

und wissenschaftsphilosophische Aspekte eine zentrale Rolle dabei spielen können und müssen, überzeugende Lösungsstrategien zu entwickeln.



Dr. Philippe van Basshuysen

Jahrgang 1989, ist Postdoktorand am Institut für Philosophie an der Philosophischen Fakultät. Seine Forschung ist an der Schnittstelle zwischen Philosophie, Wirtschaftswissenschaften und Politik angesiedelt, wobei sein besonderes Interesse der öffentlichen Gesundheit gilt. Kontakt: philippe.van.basshuysen@philos.uni-hannover.de



Prof. Dr. Mathias Frisch

Jahrgang 1964, ist Professor für theoretische Philosophie am Institut für Philosophie an der Philosophischen Fakultät. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Philosophie der Klimawissenschaften, Philosophie der Physik, sowie allgemeine Wissenschaftsphilosophie. Kontakt: mathias.frisch@philos.uni-hannover.de